

Europawahlen stärken die EVP und rechte Parteien

In Österreich FPÖ erstmals Nummer eins

Die Europawahlen 2024 brachten eine deutliche Verschiebung der Gewichte im Europäischen Parlament. Insgesamt waren mehr als 300 Millionen Europäerinnen und Europäer zur Stimmabgabe aufgerufen, um 720 Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen. Während die Europäische Volkspartei (EVP) zulegen konnte, verloren Sozialdemokraten, Liberale und Grüne. Starke Gewinne erreichten rechte und extrem rechte Parteien, die in Frankreich, Italien, Ungarn und Österreich Platz eins schafften und sich danach in drei Fraktionen zusammenschlossen, von denen die „Patrioten für Europa“ mit der FPÖ und „Europa Souveräner Nationen“ den extrem rechten Rand bilden, während die EVP mit den „Europäischen Konservativen und Reformern“ punktuell zusammenarbeitet. Die „Patrioten für Europa“ mit der FPÖ und „Europa Souveräner Nationen“ bilden den rechten Rand, mit der dritten Fraktion „Europäische Konservative und Reformen“ arbeitet die EVP punktuell zusammen.

I. Europäische Perspektive

EVP bleibt klare Nummer eins

Die Europäische Volkspartei konnte bei den Wahlen zum Europaparlament vom 6. bis 9. Juni 2024 einen klaren Sieg erringen und damit ihre Stärke und Gestaltungsmöglichkeiten im Parlament ausbauen.

Die EVP stellt mit 188 Abgeordneten (bisher 177) mehr als ein Viertel der 720. Sie ist die einzige Partei der politischen Mitte, die bei dieser Wahl zulegen konnte: Die Mitte-links-Fraktion der Sozialisten und Demokraten (S&D) verlor leicht (statt 138 nun 136 Sitze), während die liberale Fraktion „Renew Europe“ dezimiert wurde (statt 99 nun 77 Sitze), und auch die „Grünen“ verloren deutlich (statt 71 nun 53 Sitze).

Aus ihrer gestärkten Position heraus ist die EVP nun in der Lage, die EU-Politik noch maßgeblicher zu gestalten und die Agenda nach Mitte-rechts zu verschieben. „Wir sind die Partei der Industrie, wir sind die Partei der ländlichen Gebiete, wir sind die Bauernpartei Europas“, erklärte Manfred Weber, der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Parlament, in der ersten Fraktionssitzung der EVP am 11. Juni. Auch Ursula von der Leyen legte in ihrer Rede vor der Wiederwahl zur Kommissionspräsidentin ihren Schwerpunkt klar auf den Wirtschaftsstandort und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine Verteidigungsunion und einen starken europäischen Außengrenzschutz.

Die EVP bildete nach den Wahlen eine Plattform mit den Sozialisten und Liberalen, die gemeinsam 401 Mandatare stellen, um die Arbeit im Europäischen Parlament und die Aufteilung der Führungspositionen bestmöglich abzustimmen.

Die extreme Rechte legt deutlich zu

Wie Umfragen vorausgesagt hatten, konnten extrem rechte Kräfte große Zugewinne verzeichnen. In Frankreich konnte der „Rassemblement National“ fast ein Drittel der Stimmen für sich verbuchen und sich damit als die führende ultranationalistische Gruppe im Europaparlament etablieren. Auch die „Brüder Italiens“ der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni verzeichneten einen deutlichen Zuwachs; mehr als ein Viertel der Wählerinnen und Wähler unterstützten sie.

Die beiden bisherigen Fraktionen im Europaparlament am äußersten rechten Rand des Spektrums, die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) und die Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID), verfügten in der letzten Periode gemeinsam über 118 Sitze.

Hätten die extrem rechten Parteien nach den Wahlen eine einzige Fraktion bilden können, wäre sie die zweitstärkste Kraft im Parlament, mit nur einem Mandat hinter der Europäischen Volkspartei. Die Rivalitäten und Meinungsverschiedenheiten innerhalb ihrer Reihen machten dieses Unterfangen jedoch unmöglich.

Neben den „Patrioten für Europa“ unter der Führung der französischen Partei „Rassemblement National“ (RN) mit 84 Mitgliedern aus 13 Ländern, die die bisherige Fraktion „Identität und Demokratie“ ablösen, und der schon bisher bestehenden Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformer“, angeführt von den „Brüdern Italiens“ mit 78 Mitgliedern aus 18 Ländern bildete sich die dritte Gruppe „Europa Souveräner Nationen“ unter Führung der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) mit 25 Mitgliedern aus acht Ländern. Diese drei Fraktionen haben nun insgesamt 187 Sitze, was einen Zuwachs von 69 Mandataren im Vergleich zu den bisherigen zwei Fraktionen bedeutet.

Liberalen und Sozialdemokraten – große Verlierer

Die Fraktionen der „Renew Europe“ (Liberalen) und der Sozialdemokraten (S&D), die im Parlament in den vergangenen fünf Jahren eine starke Position hatten, erlitten eine Niederlage. In Frankreich implodierte die Partei von Emmanuel Macron, als die Wähler ihre Frustration über die Regierung ausdrückten, indem sie für die Rechtsextremen stimmten. Der spanische Ableger der Gruppe, „Ciudadanos“, verschwand vollständig.

Verloren haben auch die Sozialdemokraten, denen mit Frans Timmermans ihre stärkste Führungspersönlichkeit abhandengekommen ist.

Nun haben diese beiden Parteien aufgrund ihrer geringeren Größe kaum mehr die Macht, um tatsächlich auf die europäische Politik großen Einfluss nehmen zu können.

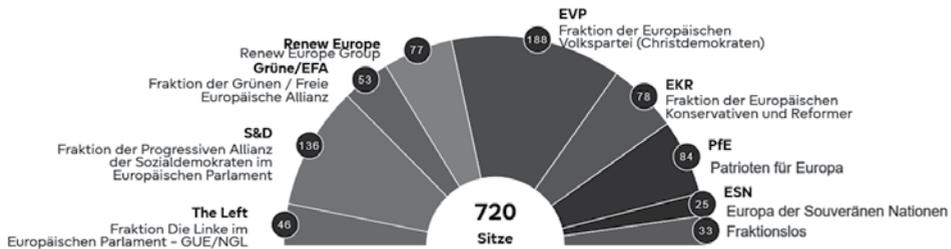
Europas Grüne fallen von Platz vier auf sechs

Fünf Jahre lang hatte Brüssel den Green Deal zu seinem zentralen Anliegen gemacht, doch nun wandten sich die Wählerinnen und Wähler gegen die Öko-Partei und wählten deren Vertreter aus dem Parlament.

Die größten Verluste mussten die Grünen in den Delegationen Frankreichs und Deutschlands hinnehmen, die die Hälfte der Fraktion im Parlament ausmachten. Die Gruppe verlor 18 Abgeordnete und ist von der viertgrößten auf die sechstgrößte Partei im Parlament zurückgefallen.

Linke legen zu

Die Linke konnte von 37 auf 46 Sitze zulegen. Obwohl sie mit Walter Baier einen österreichischen Spitzenkandidaten hatte, kommen aus Österreich keine Mandatare, da die KPÖ an der Vier-Prozent-Hürde gescheitert ist.



Sitzverteilung im Europäischen Parlament bei der Konstituierung am 16. Juli 2024

Ursula von der Leyen und Roberta Metsola wiedergewählt

Die Ergebnisse ermöglichten es der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen (EVP), im Amt zu bleiben.

Nach der Unterstützung der EU-Staats- und Regierungschefs wurde ihre Kandidatur vom Parlament bestätigt. Wie 2019 wurde sie vor allem mit den Stimmen der EVP, der S&D und von „Renew Europe“ gewählt, die gemeinsam 401 Sitze im Parlament haben. Sie erhielt 401 Stimmen, 2019 waren es nur 383.

„In einer Zeit, in der es in Frankreich nur noch eine geschäftsführende Regierung gibt, in Deutschland schon das Aufstellen eines Haushalts zur Herausforderung wird und Amerikas Kurs sich ändern könnte, hat die

Wahl von der Leyens wenigstens eine Gewissheit gebracht: Die EU bleibt handlungsfähig“, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung.¹

Auch Prof. Paul Lendvai, ein Doyen des österreichischen Journalismus, bewertete in einer Kolumne die Wahl positiv: „Vor dem düsteren Hintergrund in den USA scheint mir die überzeugende Wiederwahl Ursula von der Leyens zur Präsidentin der EU-Kommission wie die Bestellung von António Costa zum Präsidenten des Europäischen Rats und Kaja Kallas zur EU-Außenbeauftragten zumindest ein hoffnungsvolles Zeichen für die Verteidigung der europäischen Sicherheit zu sein.“²

„Kann Ursula von der Leyen Europa retten?“, titelte das europäische Medium „Politico“ und sah gleichzeitig „extrem schwierige Jahre“ auf die Kommissionspräsidentin zukommen.³

Deutlich besser war das Ergebnis für die Parlamentspräsidentin Roberta Metsola (EVP) mit 562 der 623 gültigen Stimmen, was in der Geschichte des Europaparlaments das beste Ergebnis für die aus Malta stammende, und parteiübergreifend sehr geschätzte Politikerin bedeutete.

II. Österreichische Perspektive

Causa Schilling und Ukraine dominieren Wahlkampf

„7 Listen treten an – FPÖ laut Umfragen auch im Endspurt klar auf Position 1 – Match zwischen ÖVP und SPÖ um Platz 2 – Grüne mit Causa Schilling beschäftigt – NEOS zuletzt mit guten Werten“, betitelte die APA ihren abschließenden Bericht zu den EU-Wahlen.⁴

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, die Klima- und Migrationskrise und vor allem die Causa Schilling dominierten den EU-Wahlkampf in Österreich.

In einer Vielzahl von TV-Debatten im ORF aber auch in den Privatsendern wie PULS 4 oder OE24 sowie großen Diskussionsveranstaltungen

1 FAZ, Printausgabe, 19.07.2024, Seite 1

2 Der Standard, Printausgabe vom 23.07.2024, Seite 23

3 <https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-leaders-war-us-elections-2024-nato-investment-ukraine-russia-aggression-ursula-von-der-leyen-commission/>

4 APA0011 am 08.06.2024

aller österreichischen Bundesländerzeitungen trafen die Spitzenkandidatin und die vier Spitzenkandidaten der Parteien oftmals aufeinander. Daneben gab es von den Sozialpartnern und unzähligen Schulen in allen Bundesländern Diskussions- und Informationsveranstaltungen.

Im Wahlkampf warnte ÖVP-Spitzenkandidat Reinhold Lopatka mit Blick auf die FPÖ und rechte Parteien in Europa vor einer Zerstörung der EU und warb gleichzeitig mit ähnlichen Positionen wie stärkerem Außengrenzschutz und Asylverfahren in Drittstaaten. Beim Klimathema pochte er auf die ÖVP-Forderung, auch weiterhin auf die grüne Verbrennertechnologie im Automobilbau zu setzen und plädierte für Umweltmaßnahmen mit „Hausverstand“ statt „Diktaten der Straße“ zu folgen. Auch für weniger „Überregulierung“ trat die ÖVP ein, gleichzeitig hob sie die Bedeutung der Europäischen Union als Friedensprojekt hervor. Die Umfragen sahen die ÖVP bei 22 Prozent, Lopatka nannte als Wahlziel, mandatsstärkste Partei werden zu wollen.

SPÖ-Spitzenkandidat Andreas Schieder, der bereits zum zweiten Mal seine Partei in die EU-Wahl führte, sprach von einer „Richtungsentscheidung“ und warnte vor der Gefahr für die Demokratie aufgrund der „sozialen Spaltung unserer Gesellschaft“ sowie vor einem drohenden Rechtsruck. In Richtung FPÖ kritisierte Schieder den „Freundschaftsvertrag“ zwischen den Freiheitlichen und Putins Partei „Einiges Russland“. Während die Umfragen der SPÖ knapp vor der ÖVP 24 Prozent einräumten, erklärte Schieder, stärkste Partei werden zu wollen.

Nach ihrer Ibiza-bedingten Wahlschlappe von 2019 mit nur 17,20 Prozent versprochen Umfragen der FPÖ 28 bis 30 Prozent. Spitzenkandidat Harald Vilimsky führte die Partei bereits zum dritten Mal in die Wahl. Als Wahlziel nannte er mehr als 30 Prozent. Für internationales Aufsehen sorgte auch ein Wahlplakat der FPÖ, das einen „EU-Wahnsinn“ beklagte und auf dem unter anderem eine sehr herzliche Begrüßung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu sehen war – unter dem Schlagwort „Kriegstreiberei“. In den Debatten sprach Vilimsky immer vom „EU-Irrsinn“ oder „EU-Wahnsinn“. Das EU-Parlament qualifizierte er als „Irrenhaus“ ab.

Die Grünen hatten mit ihrer Spitzenkandidatin Lena Schilling einen guten Start. Als Wahlziel nannte sie „500.000 Stimmen für den Klima-

schutz“. Dieses Ziel kam mit dem Aufkommen der ab dem 7. Mai von der Tageszeitung „Standard“ veröffentlichten Vorwürfe gegen Schilling, die danach medial den gesamten EU-Wahlkampf beherrschten, ins Wanken. Neben Vorkommnissen im privaten Bereich sah sich die Jungpolitikerin unter anderem auch mit der Vorhaltung konfrontiert, wonach sie überlegt habe, nach der Wahl zur Linksfraktion zu wechseln.

Umfragen attestierten den Liberalen zunächst einen Zuwachs auf etwa zehn bis 13 Prozent, Mitte Mai stiegen die Pinken auf bis zu 15 Prozent. Spitzenkandidat Helmut Brandstätter gab sich zuversichtlich, das Wahlziel der Verdoppelung des einen Mandats auf zwei zu erreichen. Inhaltlich setzten die NEOS auf das Alleinstellungsmerkmal des deutlichsten pro-europäischen Kurses, plakatierten den Slogan „Vereinigte Staaten von Europa“ und sprachen sich für die Idee einer eigenen EU-Armee aus.

Nach dem Ergebnis von 2019 mit nur 0,8 Prozent zeigten die Umfragedaten mit zwei bis drei Prozent ein deutliches Plus für die KPÖ. „Zum ersten Mal gibt es die halbwegs realistische Chance, dass wir einziehen“, sagte Spitzenkandidat Günther Hopfgartner beim Wahlkampfauftakt. Zum Einsatz kam der Slogan „Wohnen statt Kanonen“.

Neben der KPÖ schaffte auch die Coronamaßnahmen-kritische Liste DNA (Demokratisch – Neutral – Authentisch) die für den Sprung auf den Stimmzettel nötige Hürde von mehr als 2.600 Unterstützungserklärungen.

FPÖ erstmals mit 0,84 Prozent Vorsprung Erster vor ÖVP und SPÖ

Das Wahlergebnis wich dann doch deutlich von den Prognosen ab. Das knappste Rennen gab es um Platz eins zwischen FPÖ und ÖVP und nicht um Platz zwei zwischen SPÖ und ÖVP.

Bei einer Wahlbeteiligung von 56,20 Prozent (59,8 Prozent 2019/45,4 Prozent 2014) gaben 3.584.456 von 6.372.205 Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen brachte einen knappen Vorsprung der FPÖ vor der ÖVP mit 25,36 Prozent zu 24,52 Prozent. Dritte wurde die SPÖ mit 23,22 Prozent.

Ergebnis der Europaparlamentswahlen vom 9. Juni 2024

Österreichische Volkspartei	864.072	24,52 %
Sozialdemokratische Partei Österreichs	818.287	23,22 %
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) - Die Freiheitlichen	893.753	25,36 %
Die Grünen – Die Grüne Alternative	390.504	11,08 %
NEOS – Das Neue Europa	357.214	10,14 %
DNA – Demokratisch – Neutral – Authentisch	95.859	2,72 %
Kommunistische Partei Österreichs – KPÖ Plus	104.246	2,96 %

Dieses Ergebnis bedeutete sechs Mandate für die FPÖ, fünf für ÖVP und SPÖ und je zwei Sitze für Grüne und NEOS. Während die FPÖ somit drei Mandate und die NEOS ein Mandat zulegen konnten, verlor die ÖVP zwei Sitze und die Grünen einen, die SPÖ hielt ihren Mandatsstand.

Im Vergleich zu 2019 verlor die ÖVP zehn Prozent, die Grünen drei Prozent und die SPÖ 0,7 Prozent, während die FPÖ 8,2 Prozent und die NEOS 1,7 Prozent zulegen konnten. Die Wahl 2019 war vom FPÖ-Ibiza-Skandal und der Abwahl von Sebastian Kurz als Bundeskanzler überschattet worden. „Wie selten zuvor wurde sie als eine Wahl zweiter Ordnung geführt: Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler nutzte die Gelegenheit, um ein innenpolitisches Statement zu setzen!“⁵

Vergleicht man die Europaparlamentswahlen mit jenen von 2014, so haben die Grünen mit minus 3,5 Prozent am stärksten verloren, die ÖVP mit 2,5 Prozent und die SPÖ mit 0,9 Prozent haben ebenso ein Minus, während die FPÖ 5,6 Prozent und die NEOS zwei Prozent zulegen konnten.

Eine Wahltagsbefragung von Demox-Research⁶ zeigte, dass die EU in Österreich seit 2019 an Zustimmung eingebüßt hat. 2019 hielten noch 80 Prozent den EU-Beitritt für richtig, 2024 nur mehr 67 Prozent. Während 2019 noch 78 Prozent überwiegend Vorteile durch den Beitritt sahen, waren es 2024 nur 60 Prozent.

Das Asyl- (48 Prozent) und Migrationsthema (47 Prozent) waren mit Abstand die Hauptmotive für die FPÖ-Wählerinnen und -Wähler, Spitzenkandidat Harald Vilimsky jedoch nur für drei Prozent. Bei der ÖVP stand an der Spitze die proeuropäische Haltung und ihr Einsatz für Österreichs Interessen in der EU (24 Prozent), Spitzenkandidat Reinhold Lopatka war für 14 Prozent das Wahlmotiv. Hauptmotiv der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler war der Einsatz für ein soziales Europa, das sich auch für Schwache einsetzt (35 Prozent), Spitzenkandidat Andreas Schieder wurde nur von sechs Prozent genannt. Weil sich die Grünen am engagiertesten für den Klimaschutz einsetzen, nannten 39 Prozent das als ihr Wahlmotiv, neun Prozent die Spitzenkandidatin Lena Schilling. Die Glaubwürdigkeit der NEOS als Europapartei führte mit 35 Prozent bei den NEOS die Motive an, Spitzenkandidat Helmut Brandstätter war für 15 Prozent das vorrangige Wahlmotiv.

Der Wahlsieg der FPÖ wurde auf die Einschätzung der Österreicher:innen über die Entwicklung der EU in den letzten fünf Jahren (57 Prozent negativ und nur von 37 Prozent positiv) zurückgeführt. Unverkennbar wurde die FPÖ von einer EU-kritischen Stimmungslage getragen, und auch innenpolitische Themen hatten einen großen Einfluss auf die FPÖ-Wählerinnen und -Wähler, urteilten Univ.-Prof. Fritz Plasser und Dr. Franz Sommer in einer Nachwahlanalyse am 11. Juni.⁷

Mediale Nachwahlbetrachtungen

Die österreichischen Tageszeitungen kamen zu sehr ähnlichen Einschätzungen des Wahlkampfes und des Wahlergebnisses.

6 Demox-Research, 1.363 Befragte, Erhebungszeitraum 5.–9. Juni 2024

7 Nachwahlanalyse Univ.-Prof. Dr. Fritz Plasser und Dr. Franz Sommer

Lopatka nutzte seine internationale Expertise geschickt, patzte auch rhetorisch nicht und transportierte das türkise Wahlkampfmotto „Europa verbessern, nicht zerstören“ konsequent, hieß es im Standard.⁸

„Die SPÖ kann sich im Gegensatz zur FPÖ und den NEOS als einzige Oppositionspartei nicht signifikant verbessern“, urteilte der Kurier⁹ und hielt fest: „Spitzenkandidat Andreas Schieder konnte der SPÖ weder als Persönlichkeit noch mit seinen Themen Flügel verleihen. Er hatte die Sozialdemokratie bereits 2019 zu ihrem schlechtesten EU-Ergebnis geführt.“

„Umfragen sahen die FPÖ vor dem Wahlsonntag konstant um die 30 Prozent. Jetzt wird klar: Zuverlässig waren diese Zahlen nicht“, merkte die Kronen Zeitung kritisch an.¹⁰ Ein scharfer Anti-Asyl-Kurs, harsches Auftreten gegen Russland-Sanktionen und Hilfszahlungen für die Ukraine sowie der blaue Evergreen Corona waren die inhaltlichen Säulen, auf denen der blaue Erfolg fußt.¹¹

„Die Auszählung ergab dann zwischen Freiheitlichen und ÖVP noch ein Zusammenrücken. Die FPÖ blieb mit 25,36 Prozent trotz eines Plus von 8,2 Prozentpunkten doch recht deutlich unter ihrem Rekordergebnis von 1996 (27,53 Prozent).“¹²

Der Fall Schilling und der Umgang der Parteispitze damit hatte die grüne Kampagne überschattet, die auf die Person Schilling maximal zugeschnitten war. Immerhin war aber kein Spitzenkandidat einer anderen Partei medial so präsent wie die junge Klimaaktivistin, urteilte der Standard.¹³

„Einmal mehr wurde bei der liberalen Partei frenetisch gejubelt, einmal mehr aber blieben einige Erwartungen unerfüllt. Mit dem zweiten Mandat erreichen die Pinken ihr Minimalziel.“¹⁴

8 <https://www.derstandard.at/story/3000000223597/was-die-eu-wahl-fuer-oesterreichs-parteien-bedeutet>

9 <https://kurier.at/politik/inland/reportage-eu-wahl-2024-andreas-schieder-spoee-stimmung/402910883>

10 <https://www.krone.at/3410859>

11 <https://www.derstandard.at/story/3000000223597/was-die-eu-wahl-fuer-oesterreichs-parteien-bedeutet>

12 <https://www.noen.at/in-ausland/fpoe-erreicht-bei-eu-wahl-erstmal-platz-eins-425611525>

13 <https://www.derstandard.at/story/3000000223597/was-die-eu-wahl-fuer-oesterreichs-parteien-bedeutet>

14 <https://www.diepresse.com/18548393/neos-erreichen-bestes-bundesweites-ergebnis>

Vier Prozent. Das war für die beiden angetretenen Kleinparteien, die Kommunisten und die Liste DNA (Demokratisch – Neutral – Authentisch), am Wahlabend die entscheidende Zahl, die beide Parteien mit drei und 2,7 Prozent nicht erreichen konnten.

Das Resümee der österreichischen Printmedien war geprägt von der allgemeinen Überraschung, dass FPÖ und ÖVP nach Auszählung aller Stimmen nicht einmal ein Prozent auseinanderlagen. Wenige Tage nach der Europawahl stellten die österreichischen Medien ihre Berichterstattung völlig auf die für 29. September angesetzten Nationalratswahlen um.

Ringens um EU-Kommissar

Medial kam die EU im Sommer nochmals in den Blickpunkt, als es um die Bestellung des österreichischen EU-Kommissars ging und die Bundesregierung viel Zeit benötigte, um den österreichischen EU-Kommissar nach Brüssel zu melden. „Nach wochenlanger innerkoalitionärer Blockade haben die Grünen den Weg freigemacht“¹⁵. Mit Magnus Brunner hat nach Franz Fischler, Benita Ferrero-Waldner und Johannes Hahn Österreich einen neuen Kommissar, der für Inneres und Migration seit 1. Dezember 2024 zuständig ist. Die ÖVP stellt damit wie schon seit dem Beitritt 1995 den EU-Kommissar.

EVP trägt Erstverantwortung bis 2029

Im Vordergrund des Ergebnisses der Europawahl steht die Tatsache, dass die EVP mit Abstand die stärkste Partei ist, womit ihr eine entscheidende Schlüsselrolle im Europäischen Parlament und damit beim Gesetzgebungsprozess zukommt. Eine starke Verhandlungsposition hat die EVP auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, auf der sie 13 Staats- und Regierungschefs stellt. 2019 waren es nur sechs. Sie stellt zudem auch mit 15 Mitgliedern die größte Gruppe im Kollegium der Kommission. Der EVP wird nun die zentrale Aufgabe zukommen, Mehrheiten zu organisieren, mit denen die politischen Prioritäten in den kommenden fünf Jahren auch umgesetzt werden können.

Die Wettbewerbsfähigkeit und damit den Wohlstand zu sichern, eine Sicherheits- und Verteidigungs-Union aufzubauen und das europäische Lebensmodell mit seinen Freiheiten und Sozialleistungen zu stärken, stehen neben der Migrationsfrage hier an der Spitze der Aufgaben.